



Version 6.0 (Stand 4. September 2025)

Geschäftsordnung des Begleitausschusses / Monitoring Committee (MC) des BMVI

Der Begleitausschuss (MC) unterstützt die Umsetzung des nationalen Programms der Schweiz für das Border Management and Visa Policy Instrument (BMVI). Es setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen zusammen, die im Bereich des Grenzmanagements und der Visumerteilung tätig oder von dessen Auswirkungen betroffen sind (Verwaltung der Aussengrenzen, Visa und/oder konsularische Aufgaben). Die Verwaltungsbehörde, die für die Umsetzung des BMVI in der Schweiz zuständig ist, führt den Vorsitz des MC.

1. Rolle

Der MC übt sowohl Prüfungs- als auch Genehmigungsaufgaben aus. Diese werden in den Absätzen 4 und 5 dieses Dokuments näher erläutert.

2. Zusammensetzung

Der MC setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Stellen¹ zusammen. Die zuständigen Behörden, die zwischengeschalteten Stellen und die Vertreterinnen und Vertreter der Partnerinnen und Partner sollten nach Möglichkeit ausgewogen vertreten sein². Die Verwaltungsbehörde entscheidet über die Zusammensetzung des MC und prüft die Aufnahme neuer Mitglieder. Die Geschäftsordnung und somit die Liste der Mitglieder des MC³ wird auf der Website des BMVI des Bundes veröffentlicht⁴.

¹ Siehe Absatz 2. A der Geschäftsordnung

² Art. 39 Abs.1 Common Provisions Regulation (CPR)

³ Siehe Anhang 2 der Geschäftsordnung

⁴ [BMVI Internetseite des Bundes](#), Art. 39 Abs.1 CPR

Folgende Mitglieder vertreten die betroffenen Instanzen:

A) Mitglieder

Vertreterinnen und Vertreter der Bundesämter:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

- Abteilung Europa (AE)
 - Sektion Justiz und Inneres
- Konsularische Direktion (KD)
 - Fachbereich Konsularische Strategien, Entwicklungen und Abkommen

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

- Bundesamt für Polizei (fedpol)
 - Abteilung Steuerung und Planung im Direktionsbereich Internationale Polizeikooperation
- Bundesamt für Justiz (BJ)
 - Fachbereich Europarecht und Koordination Schengen/Dublin
- Staatssekretariat für Migration (SEM)
 - Abteilung Einreise
 - Abteilung Identifikation und Sicherheitsprüfung
 - Stabsbereich Recht
 - Direktionsbereich Planung und Ressourcen (Finanzen)

Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD)

- Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)
 - Abteilung Grenzsicherheit
- Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV)
 - Finanzdienst III - Sicherheit und Migration

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)

- Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL)
 - Recht und Internationales

Die Verwaltungsbehörde

Vertreterinnen und Vertreter der Kantone:

Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

- Generalsekretariat (GS-KKJPD)

Konferenz der Kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten der Schweiz (KKPKS)

Kantonspolizei Zürich⁵

- Flughafenpolizei

Wirtschaftsverband:

Aerosuisse

Universität:

Fakultät Recht der FernUni Schweiz

Zivilgesellschaft:

CH++

B) Teilnehmende (ohne Stimmrecht)

- Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission
- Generalsekretariat (GS-EJPD)
- Ad hoc eingeladene Beobachtende und Sachverständige zu traktandierten Geschäften

3. Aufnahme neuer Mitglieder

Wenn eine neue Organisation dem MC beitreten möchte, wird den Mitgliedern ein Vorschlag⁶ unterbreitet. Besteht eine gesetzliche Verpflichtung eine Organisation aufzunehmen, muss der Beitritt nicht bestätigt werden. Die Organisation ist nach Benachrichtigung des MC durch die Verwaltungsbehörde teilnahmeberechtigt.

4. Rahmen und Agenda der Treffen⁷

1. Die Treffen sind nicht öffentlich.
2. Sie finden je nach Bedarf statt, aber mindestens einmal pro Kalenderjahr.
3. Die Einladung an die Mitglieder wird zusammen mit der Traktandenliste mindestens zwei Wochen vor der Sitzung verschickt. Die relevanten Dokumente werden der Traktandenliste beigelegt.
4. Die Mitglieder können weitere Traktanden ankündigen. Diese Anträge müssen fünf Werktage nach Erhalt der Einladung schriftlich an die Verwaltungsbehörde gerichtet werden.
5. Die Mitglieder oder die Verwaltungsbehörde können auf vorherigen Antrag Sachverständige einladen, an den Sitzungen und anderen Aktivitäten des Ausschusses mit beratender Stimme teilzunehmen.

⁵ An Flughäfen in Kantonen mit Schengen-Aussengrenzen sind grundsätzlich die Kantonspolizeien für die Kontrolle zuständig, da diese in die kantonale Zuständigkeit fällt (Art. 9 BPI). Dies ist im Kanton Zürich der Fall, wo die Kapo ZH für die Kontrolle zuständig ist. Dennoch können die Kantone ihre Zuständigkeit auch auf den Bund und damit an das BAZG übertragen. Einige Kantone (z. B. Genf) haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

⁶ Siehe Absatz 7 der Geschäftsordnung

⁷ Art. 39 Abs.1 *in fine* CPR

6. Falls ein Mitglied nicht an einer Sitzung teilnehmen kann, wird nach Möglichkeit eine Stellvertretung gestellt.

5. Pflichten der Mitglieder⁸

A. Teilnahme an den Sitzungen

B. Überprüfung⁹ der Fortschritte in verschiedenen Bereichen:

- die Umsetzung des Programms und das Erreichen der gesetzten Werte
- die Probleme, die sich auf das Programm auswirken, und deren Lösungen
- Fortschritte bei der Durchführung und Zusammenfassung von Evaluierungen sowie die Folgemaassnahmen zu den Ergebnissen
- die Umsetzung von Kommunikations- und Sichtbarkeitsmassnahmen
- Fortschritte oder Massnahmen bei der Umsetzung von strategisch wichtigen Massnahmen
- die Einhaltung der Förderbestimmungen und ihre Anwendung während des gesamten Programmzeitraums.
- Fortschritte beim Ausbau der Verwaltungskapazitäten von öffentlichen Einrichtungen, Partnern und Begünstigten, falls zutreffend

C. Genehmigung:

- der Methode und Kriterien für die Projektauswahl, einschliesslich aller Änderungen, die daran vorgenommen werden¹⁰
- der jährlichen Leistungsberichte
- des Evaluierungsplans (inklusive Änderungen)
- von Vorschlägen der Verwaltungsbehörde zur Änderung des Nationalen Programms oder zu Übertragungen¹¹

6. Rechte der Mitglieder

A. Stimmrecht

1. Jede Organisation hat eine Stimme.¹²
2. Jede Stimme ist gleichwertig.
3. Entscheidungen werden mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Organisationen getroffen.

⁸ Art. 40 CPR

⁹ Auf der Grundlage der von der Verwaltungsbehörde erstellten Unterlagen.

¹⁰ Diese werden der Europäischen Kommission auf deren Ersuchen hin mindestens fünfzehn Arbeitstage vor der Mitteilung an den MC vorgelegt.

¹¹ Art. 26 CPR

¹² Auch wenn die Organisation durch mehrere Mitglieder vertreten wird, steht nur eine Stimme für die Abstimmung zur Verfügung.

4. Mindestens ein Viertel der Organisationsvertreterinnen und -vertreter muss anwesend sein, damit eine Abstimmung stattfinden kann.¹³ Wenn das Minimum nicht erreicht wird, dann wird die Entscheidung im Zirkularverfahren getroffen.¹⁴
5. Bei Stimmengleichheit hat die Verwaltungsbehörde den Stichentscheid
6. Ein Beschluss kann auf dem Zirkularweg gefasst werden¹⁵. In diesem Fall ist die Mehrheit der Stimmen ausschlaggebend.

B. Empfehlungen

Mitglieder können Empfehlungen an die Verwaltungsbehörde aussprechen.¹⁶

7. Anträge

- a) Die Mitglieder des Ausschusses können der Verwaltungsbehörde Anträge übermitteln. Diese müssen spätestens eine Woche vor der Sitzung übermittelt werden.
- b) Anträge werden den Mitgliedern des Begleitausschusses während der Sitzung vorgestellt und es wird darüber abgestimmt, ob der Vorschlag angenommen wird.

8. Beendigung der Mitgliedschaft

Ein Mitglied informiert die Verwaltungsbehörde, wenn es seine Funktion, in deren Rahmen es im Ausschuss anwesend war, nicht mehr ausübt. Mit der Benachrichtigung des MCs durch die Verwaltungsbehörde, scheidet das Mitglied aus dem MC aus.

9. Vermeidung von Interessenkonflikten¹⁷

Die Mitgliedschaft einer Person endet, wenn sie eine Funktion als Massnahmenverantwortliche/r, Projektleiter/in oder Projektverantwortliche/r übernimmt.

Eine Person kann nur ein Mitglied im MC vertreten.

¹³ Wenn die Gesamtzahl der Vertreterinnen und Vertreter ungerade ist, beträgt die erforderliche Mindestanzahl an Teilnehmenden ein Viertel plus 1.

¹⁴ Siehe Absatz 6 A. 6 der Geschäftsordnung

¹⁵ Zirkularbeschlüsse werden als schriftliche Beschlüsse bezeichnet. Der Vorschlag wird allen Mitgliedern schriftlich unterbreitet. Innerhalb der gesetzten Frist können die Mitglieder über den Vorschlag abstimmen. Das Schweigen eines Mitglieds nach Ablauf der Frist wird als Zustimmung gewertet. Die Mitglieder können verlangen, dass eine im Zirkularbeschluss zu fällende Entscheidung diskutiert wird. Damit ist das Zirkularverfahren abgeschlossen und der Entscheid wird in der nächsten Begleitausschusssitzung getroffen.

¹⁶ Art. 40 Abs. 3 CPR

¹⁷ Art. 38 Abs. 2 CPR

10. Integritätsklausel

Die Mitglieder des MCs verpflichten sich, alle Massnahmen zu ergreifen, um Korruption zu verhindern. Dies beinhaltet insbesondere die Ablehnung von Geschenken oder Vorteilen¹⁸.

Im Falle eines Korruptionsverdachts informieren die Mitglieder die Verwaltungsbehörde. Der Beschwerdemechanismus ist im Förderhandbuch BMVI festgehalten¹⁹.

11. Grundrechte und Rechte von Menschen mit Behinderungen

Stellt die Verwaltungsbehörde eine Nichtkonformität fest oder gehen bei ihr Beschwerden über Fälle ein, in denen die Europäische Menschenrechtskonvention und die von der Schweiz ratifizierten Protokolle sowie Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder das UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen nicht eingehalten werden, wird der Begleitausschuss unter Ausschluss vertraulicher Informationen wie personenbezogener Daten darüber informiert. Die Verwaltungsbehörde erstattet dem Begleitausschuss mindestens einmal jährlich Bericht.

Bei Verdacht auf einen Fall der Nichteinhaltung der oben genannten Regelungen sind die Mitglieder gehalten, die Verwaltungsbehörde zu informieren. Beschwerden werden geprüft und gegebenenfalls Massnahmen eingeleitet.

12. Unbefangenheitserklärung

Die Mitglieder des Begleitausschusses müssen unparteiisch sein. Wenn die Gefahr der Befangenheit oder in einem spezifischen Fall des persönlichen Interesses besteht, müssen sie in den Ausstand treten.

Die Mitglieder informieren die Verwaltungsbehörde rechtzeitig in schriftlicher Form, wenn Gründe für eine Befangenheit vorliegen. Im Zweifelsfall entscheidet die Verwaltungsbehörde über den Ausstand.

13. Transparenzgrundsatz²⁰

Der Grundsatz der Transparenz, der insbesondere im BGÖ²¹ verankert ist, muss auf den Begleitausschuss angewendet werden. Demnach hat jede Person das Recht, Einsicht in amtliche Dokumente der Bundesverwaltung zu nehmen²², sofern dem kein überwiegendes öffentliches oder privates Interesse entgegensteht.

Die Geschäftsordnung des MC und die mit dem MC geteilten Daten und Informationen werden auf der Website des BMVI des Bundes veröffentlicht.²³

¹⁸ Als Referenz dient «[Korruptionsprävention und Whistleblowing](#)», 2016. Eidgenössisches Personalamt

¹⁹ Kapitel 8, Förderhandbuch BMVI

²⁰ Art. 38 Abs. 2 CPR

²¹ Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (BGÖ; SR 152.3)

²² Auch Handlungen von Organen des öffentlichen oder privaten Rechts ausserhalb der Bundesverwaltung unterliegen diesem Grundsatz, sofern sie Rechtsakte erlassen ([Art. 2 Abs.1 Bst. b BGÖ](#)).

²³ Art. 38 Abs. 4 CPR

14. Verabschiedung der Geschäftsordnung

Der MC muss eine Geschäftsordnung beschliessen²⁴. Diese muss die Verfahrensregeln enthalten und öffentlich zugänglich sein. Wenn ein Mitglied den Inhalt der Geschäftsordnung ändern möchte, muss es der Verwaltungsbehörde einen Vorschlag unterbreiten.²⁵ Über den Vorschlag kann an der nächsten Sitzung des MC oder über den Zirkularbeschluss abgestimmt werden.

15. Sitzungsprotokoll

- Die Verwaltungsbehörde erstellt über jede Sitzung ein Protokoll.
- Beschlüsse und Abstimmungsergebnisse werden im Sitzungsprotokoll festgehalten.
- Es muss spätestens 15 Arbeitstage nach der Sitzung versandt werden.
- Wenn innerhalb von 20 Werktagen keine schriftlichen Einwände erhoben werden, gilt es als genehmigt.

16. Arbeitsgruppen

Der MC kann je nach Bedarf Arbeitsgruppen einrichten.

17. Schlussbestimmungen

Diese Geschäftsordnung ersetzt die Geschäftsordnung vom 9. Dezember 2022, tritt mit Genehmigung durch den MC am 18. September 2025 in Kraft und gilt rückwirkend für die Tätigkeiten seit Beginn des BMVI-Fonds.

²⁴ Art. 39 Abs. 2 CPR

²⁵ Siehe Artikel 7 der Geschäftsordnung

Anhang 1: Vertreterinnen und Vertreter relevanter Organisationen

Die CPR sieht vor, dass die zuständigen Behörden, die zwischengeschalteten Stellen sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Partner²⁶ ausgewogen vertreten sein müssen²⁷. Wirtschafts- und Sozialpartner müssen integriert werden. Darüber hinaus zählen Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft wie Umweltpartner und Nichtregierungsorganisationen zu den Partnern und sollten daher im Begleitausschuss vertreten sein. Bei Bedarf können auch Forschungsorganisationen und Universitäten einbezogen werden.

Im Rahmen der Umsetzung des BMVI durch die Schweiz verpflichtet sich die Verwaltungsbehörde, nach Partnerinnen und Partner aus der Zivilgesellschaft sowie Wirtschafts- und Sozialpartnern zu suchen. Der Begleitausschuss wird mindestens einmal jährlich über den Stand dieser Bemühungen informiert.

²⁶ Angesprochen in Art. 8 Abs. 1 der Geschäftsordnung

²⁷ Art. 39 Abs. 1 CPR

Anhang 2: Liste Mitglieder und Teilnehmende²⁸

Mitglieder

Departement	Organisation	Vertreterin / Vertreter
EDA	AE	[REDACTED]
	KD	[REDACTED]
EJPD	FEDPOL	[REDACTED]
	BJ	[REDACTED]
	SEM	[REDACTED]
		[REDACTED]
		[REDACTED]
		[REDACTED]
	SEM Verwaltungsbe- hörde	[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]
EFD	BAZG	[REDACTED]
	EFV	[REDACTED]
UVEK	BAZL	[REDACTED]
	KKJPD	[REDACTED]
	KKPKS	[REDACTED]
Kantonspolizei ZH	Flughafenpolizei	[REDACTED]
Wirtschaftsver- band	Aerosuisse	[REDACTED]
Universität	Fakultät Recht der FernUni Schweiz	[REDACTED]
Zivilgesellschaft	CH++	[REDACTED]

Teilnehmende

	Vertretung der Euro- päischen Kommission	[REDACTED]
	GS-EJPD	[REDACTED]

²⁸ Stand 04.09.2025



Version 6.0 (État au 4 septembre 2025)

Règlement intérieur du comité de suivi / Monitoring Committee (MC) du BMVI

Le monitoring committee (MC) soutient la mise en œuvre du programme national de la Suisse pour le Border Management and Visa Instrument (BMVI). Il se compose de représentantes et de représentants des organisations, qui sont actifs dans le domaine de la gestion des frontières et établissement de visa ou sont concernés par ses effets (gestion des frontières extérieures, visas et/ou tâches consulaires). L'autorité de gestion de la mise en œuvre du BMVI en Suisse préside le MC.

1. Rôle

Le MC exerce à la fois des tâches de vérification et d'approbation. Ces dernières sont précisées dans les paragraphes 4 et 5 de ce document.

2. Composition

Le MC est composé de représentants des instances concernées¹. En effet, les autorités compétentes, les organismes intermédiaires ainsi que les représentant des partenaires doivent si possible être représentés de façon équilibrée². L'autorité de gestion arrête la composition du MC et vérifie si de nouveaux membres doivent être admis. Le règlement intérieur et donc la liste des membres du comité³ sont publiés sur le site internet du BMVI de la Confédération⁴.

¹ Voir paragraphe 2.A du règlement intérieur du comité de suivi

² Art 8 al.1 Common Provisions Regulation (CPR)

³ Voir Annexe 2 du règlement intérieur du comité de suivi

⁴ [Site internet BMVI de la Confédération](#), Art. 39 al.1 CPR

Les membres représentant les instances concernées sont les suivants :

A) Membres

Représentants des offices fédéraux:

Département fédéral des affaires étrangères (DFAE)

- Division Europe (DE)
 - Section Justice et affaires intérieures
- Direction consulaire (DC)
 - Domaine Stratégies consulaires, Innovation et partenariats

Département fédéral de justice et police (DFJP)

- Office fédéral de la police (fedpol)
 - Division Gestion et Planification au sein du Domaine de direction Coopération policière internationale
- Office fédéral de la justice (OFJ)
 - Unité Droit européen et coordination Schengen/Dublin
- Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM)
 - Division Entrée
 - Division Identification et vérification de sécurité
 - Domaine Affaires juridiques
 - Domaine de Direction Planification et ressources (Finances)

Département fédéral des finances (DFF)

- Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (OFDF)
 - Division Sécurité de la frontière
- Administration fédérale des finances (AFF)
 - Service financier III - Sécurité et migration

Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication (DETEC)

- Office fédéral de l'aviation civile (OFAC)
 - Droit et affaires internationales

L'autorité de gestion

Représentants des cantons:

Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP)

- Secrétariat général (SG-CCDJP)

Conférence des commandantes et des commandants des polices cantonales de Suisse (CCPCS)

Police cantonale zurichoise⁵

- Police de l'aéroport

Association économique

Aerosuisse

Université

Faculté de droit de l'UniDistance Suisse

Société civile:

CH++

B) Participants (sans droit de vote)

- Représentants de la Commission européenne
- Secrétariat général (SG-DFJP)
- Observateurs et experts techniques invités ad hoc pour les affaires inscrites à l'ordre du jour

3. Admission de nouveaux membres

Une proposition⁶ est transmise aux membres lorsqu'une nouvelle organisation souhaite intégrer le MC. S'il existe une obligation légale d'intégrer une organisation, il n'est pas nécessaire d'émettre une proposition pour valider l'entrée. L'organisation concernée est autorisée à participer après que le MC ait été notifié par l'autorité de gestion.

4. Cadre et agenda des réunions⁷

1. Les réunions ne sont pas publiques
2. Elles ont lieu selon les besoins, mais au moins une fois par année civile.
3. L'invitation aux membres, accompagnée de l'ordre du jour, est envoyée au moins deux semaines avant la réunion. Les documents déterminants sont joints à l'ordre du jour.
4. Les membres peuvent annoncer d'autres points à l'ordre du jour. Ces demandes doivent être adressées par écrit à l'autorité de gestion cinq jours ouvrables après réception de la convocation.
5. Les membres du comité ou l'autorité de gestion peut inviter sur demande préalable des experts à participer aux réunions et aux autres activités du comité avec voix consultative.

⁵ Dans les aéroports se trouvant dans les cantons ayant des frontières extérieures de l'espace Schengen, les polices cantonales sont en principe responsables du contrôle car cela relève de la compétence cantonale (art. 9 LFI). C'est le cas dans le canton de Zurich où le Kapo ZH est responsable. Néanmoins, les cantons peuvent aussi transférer leur compétence à la Confédération, et donc à l'OFEC (OFDF). Certains cantons (ex. Genève) ont fait usage de cette possibilité.

⁶ Voir paragraphe 7 du règlement intérieur du comité de suivi

⁷ Art. 39 al.1 *in fine* CPR

6. En cas d'impossibilité d'assister à une réunion, un suppléant est si possible assuré.

5. Devoirs des membres⁸

A. Participation aux séances

B. Examen⁹ des progrès sur divers points:

- la mise en œuvre du programme et l'atteinte des valeurs
- les problèmes impactant le programme et leurs solutions
- les progrès concernant la réalisation et la synthèse des évaluations ainsi que la suite à donner aux constations
- la mise en œuvre d'action de communication et visibilité
- les progrès ou mesures dans la mise en œuvre d'opération d'importance stratégiques
- le respect des conditions favorisantes et leur application tout au long de la période de programmation. Les progrès accomplis en ce qui concerne le renforcement des capacités administratives des institutions publiques, des partenaires et des bénéficiaires, le cas échéant

C. Approbation concernant :

- la méthode et les critères de sélection des projets y compris toute modification qui y est apportée¹⁰
- les rapports annuels de performance
- le plan d'évaluation et ses modifications
- les propositions de l'autorité de gestion en vue de la modification du programme national ou de transferts¹¹

6. Droits des membres

A. Droit de vote

1. Chaque organisation a une voix.¹²
2. Chaque voix a une valeur égale.
3. Les décisions sont prises à la majorité des votes des organisations présentes.

⁸ Art. 40 CPR

⁹ Sur la base des documents préparés par l'autorité de gestion.

¹⁰ Ces derniers sont soumis à la Commission européenne, à la demande de celle-ci, au moins quinze jours ouvrables avant d'être communiqués au MC.

¹¹ Art. 26 CPR

¹² Même si l'organisation est représentée par plusieurs membres, seule une voix est à disposition pour le vote.

4. Un quart des représentants d'organisation au minimum doivent être présents pour qu'un vote ait lieu.¹³ Si le minimum n'est pas atteint, alors la décision sera prise par voie de circulaire¹⁴

5. En cas d'égalité, l'autorité de gestion a un droit de vote décisif

6. Une décision peut être adoptée par voie de circulaire¹⁵. Dans ce cas, elle est prise à la majorité des votes.

B. Emettre des recommandations à l'autorité de gestion¹⁶

7. Proposition

- a) Les membres du comité peuvent transmettre des propositions à l'autorité de gestion. Ces dernières doivent être transmises au plus tard une semaine avant la réunion.
- b) Elles seront présentées aux membres du comité durant la séance et il sera décidé par vote si la proposition est acceptée.

8. Fin de l'adhésion

Un membre informe l'autorité de gestion lorsqu'il/elle cesse d'exercer sa fonction au titre de laquelle il était présent au comité. Lorsque l'information est transmise au MC par l'autorité de gestion, le membre ne fait plus partie du MC.

9. Prévention des conflits d'intérêts¹⁷

L'adhésion d'une personne prend fin lorsqu'elle assume une fonction de responsable des mesures, chef ou responsable de projet.

Une personne ne peut représenter qu'un seul membre du comité de suivi.

10. Clause d'intégrité

Les membres du comité de suivi s'engagent à prendre toutes les mesures permettant de prévenir la corruption. Cela implique notamment le refus de tout cadeau ou avantage¹⁸.

¹³ Si le nombre total de représentant est impair, le minimum de participants requis est de 1 quart plus 1.

¹⁴ Voir paragraphe 6 A. 6 du règlement intérieur du comité de suivi

¹⁵ Les décisions par voie écrite sont appelées décisions par voie de circulaire. La proposition sera alors soumise par écrit à tous les membres avec un délai pour voter approprié au vu des circonstances concrètes. Le silence d'un membre après le délai passé est considéré comme une approbation. Les membres peuvent exiger la discussion en cas de décision par voie de circulaire. Cela achève la procédure par voie de circulation et la décision sera prise lors de la prochaine réunion du comité de suivi.

¹⁶ Art. 40 al. 3 CPR

¹⁷ Art. 38 al.2 CPR

¹⁸ Comme référence sert le «[Code de comportement de l'administration fédérale](#)», 2016. Office fédéral du personnel

En cas de soupçon de corruption les membres informent l'autorité de gestion. Le mécanisme de plainte est décrit dans le manuel de soutien financier BMVI¹⁹.

11. Droits fondamentaux et droits des personnes handicapées

En cas de détection d'une non-conformité par l'autorité de gestion ou de plainte auprès de celle-ci concernant les cas de non-respect de la Convention européenne des droits de l'homme et des protocoles ratifiés par la Suisse ainsi que de l'article 14 de la Déclaration universelle des droits de l'homme ou de la Convention de l'ONU relative aux droits des personnes handicapées, le comité de suivi en est informé, sous réserve du respect des aspects ayant trait à la confidentialité telles que les données personnelles. L'autorité de gestion en fera rapport au comité de suivi au moins une fois par an.

S'il y a un soupçon d'un cas de non-respect des règlements mentionnés ci-dessus, les membres en informent l'autorité de gestion. Les plaintes sont examinées et des mesures sont prises le cas échéant.

12. Déclaration d'impartialité

Les membres du comité doivent être impartiaux. S'ils risquent d'être partiaux, notamment dans le cas d'un intérêt personnel dans l'affaire, ils doivent se récuser.

Les membres informent l'autorité de gestion en temps utile en cas de motifs de partialité. En cas de doute, elle décide de la récusation.

13. Principe de transparence²⁰

Le principe de transparence, notamment consacré dans la LTrans²¹, doit être appliqué au comité de suivi. En conséquence, toute personne a le droit de consulter des documents officiels de l'administration fédérale²², à moins qu'un intérêt public ou privé prépondérant ne s'y oppose.

Le règlement intérieur du comité de suivi et les données et informations partagées avec ce dernier sont publiés sur le site internet du BMVI de la Confédération.²³

14. Adoption règlement intérieur

Le MC doit adopter un règlement intérieur²⁴. Ce dernier doit contenir les règles de procédures et doit être rendu public. Si un des membres souhaite changer le contenu du règlement intérieur, il doit transmettre une proposition²⁵ à l'autorité de gestion. La proposition peut être votée lors de la prochaine réunion du comité de suivi ou par voie de circulaire.

¹⁹ Chapitre 8, manuel de soutien financier BMVI

²⁰ Art. 38 al. 2 CPR

²¹ Loi fédérale sur le principe de la transparence dans l'administration (LTrans ; SR 152.3)

²² Les actes des organes de droit public ou privé extérieur à l'administration fédérale sont aussi soumis à ce principe dans la mesure où ils édictent des actes (art. 2 al.1 let.b LTrans).

²³ Art. 38 al.4 CPR

²⁴ Art. 39 al.2 CPR

²⁵ Voir paragraphe 7 du règlement intérieur du comité de suivi

15. Procès-verbal de la séance

- L'autorité de gestion rédige un procès-verbal de chaque réunion.
- Les décisions et les résultats des votes sont consignés dans le procès-verbal de la réunion.
- Il doit être envoyé au plus tard 15 jours ouvrables après la réunion.
- Si aucune objection écrite n'est formulée dans un délai de 20 jour ouvrable, il est considéré comme approuvé.

16. Groupe de travail

Le MC peut créer des groupes de travail en fonction des besoins.

17. Dispositions finales

Le présent règlement intérieur remplace celui du 9 décembre 2022, entre en vigueur après son approbation par le MC le 18 septembre 2025 et s'applique rétroactivement aux activités depuis le début du Fonds BMVI.

Annexe 1: Représentants des organismes concernés

Le CPR prévoit que les autorités compétentes, les organismes intermédiaires ainsi que les représentants des partenaires²⁶ doivent être représentés de façon équilibrée²⁷.

Les partenaires économiques et sociaux doivent être intégrés. De plus, les représentants de la société civile tels que les partenaires environnementaux et les organisations non gouvernementales comptent parmi les partenaires et doivent, en conséquence, être représentés au comité de suivi. Et, au besoin, les organisations de recherche et les universités peuvent être incluses.

Dans le cadre de la mise en œuvre du BMVI par la Suisse, l'autorité de gestion s'engage à effectuer des démarches de recherches de partenaires issus de la société civile ainsi que des partenaires économiques et sociaux. Le comité de suivi est informé au moins une fois par année de l'état d'avancement de ces démarches.

²⁶ Visés à l'art.8 al.1 du règlement intérieur du comité de suivi

²⁷ Art.39 al.1 CPR

Annexe 2: Liste des membres et participants²⁸

Membres

Département	Organisation	Représentant
DFAE	DE	[REDACTED]
		[REDACTED]
	DC	[REDACTED]
DFJP	FEDPOL	[REDACTED]
	OFJ	[REDACTED]
	SEM	[REDACTED]
		[REDACTED]
		[REDACTED]
		[REDACTED]
	SEM Autorité de Gestion	[REDACTED]
DFF	OFDF	[REDACTED]
	AFF	
DETEC	OFAC	
	CCDJP	
	CCPCS	[REDACTED]
Police cantonale ZH	Police de l'aéroport	[REDACTED]
Association économique	Aerosuisse	[REDACTED]
Université	Faculté de droit de l'UniDistance Suisse	[REDACTED]
Société civile	CH++	[REDACTED]

Participants

	Représentants de la Commission européenne	[REDACTED]
	SG-DFJP	[REDACTED]

²⁸ Etat au 04.09.2025